

### *Liebe Bönningstedterinnen und Bönningstedter,*

Heute überreichen wir Ihnen die 100. Ausgabe unseres Infoblattes. Mit großem Engagement informieren wir Sie seit 22 Jahren regelmäßig über Geschehnisse in Bönningstedt. Leider zwingt uns die beispiellose Eskalation in der Bönningstedter Politik zur Aufklärung. Vorher berichten wir über Verkehrsangelegenheiten, Gartenmüllannahme und Fortschritte beim Amtssportplatz.

Ihre Bönningstedter Wählergemeinschaft

#### **Verkehrsnachrichten**

Trotz des bevorstehenden Abrisses der Autobahnbrücke bleibt die Buslinie von Pinneberg nach Norderstedt erhalten. Sie führt von der Kreuzung Kieler Straße über die Haltestelle am Bahnhof links in den Hasloher Weg, von dort gleich wieder links über Garstedter Weg und Bahnhofstraße zurück zur Kieler Straße und weiter über Hasloh nach Norderstedt – entsprechend in umgekehrter Richtung.

Die BWG dankt Familie Wohler, die der Gemeinde ein Geschwindigkeitsmessgerät spendete. Auf Basis der Messergebnisse kann die Gemeinde künftig mit dem Kreis Pinneberg fundiert über Maßnahmen zur Verkehrssicherheit verhandeln.

Am Bürgersteig im Ostermoorweg wurden für 10.000 Euro besonders dringende Reparaturmaßnahmen umgesetzt. 2016 sollen weitere Abschnitte repariert werden.

Gemeinsam mit Anke Rohwer-Landberg (Bürger für Bönningstedt), Jane Czolbe (Heimatverein) und mir legte Michael Semmler vom Landesbetrieb Verkehr 14 weitere Standorte zur Pflanzung von Alleebäumen in der Kieler Straße fest. Die Bäume werden nicht nur die B4 begrünen, sondern auch zusammen mit den Pollern die Geschwindigkeit reduzieren, weil sie das optische Profil einengen und bei der Vorbeifahrt an Linksabbiegern zur Tempodrosselung zwingen.

**Kunststoffe**  
**Zuschnitt - Kleinverkauf - Versand**  
Kunststoffe für Haus, Boot, Caravan, Garten und Modellbau  
Acryl(Plexiglas), PC(Makrolon/Lexan), PVC-Platten, Rohre, Profile  
Doppelstegplatten und Profile für Überdachungen  
Verkauf von Werbemitteln wie Prospektständern und Displays  
Ladenverkauf und Versand  
**ALLKU**  
www.allku.de Tel. 040-55 69 49-0 Fax:040-55 67 832  
Nordring 19-21 25474 Bönningstedt

hergestellt werden, der zwar etwas teurer ist, aber die Bürger nicht zwingt, zum zentralen Recyclinghof in Tornesch-Ahrenlohe zu fahren. Der Termin zur kostenlosen Laubannahme wurde sehr gut genutzt.

Niels Hansen

#### **Amtssportplatz**

Vertreter der Gemeinden Ellerbek und Hasloh zeigten sich im Schulbeirat aufgeschlossen, den Amtssportplatz an den SV Rugenbergen zu übergeben. Der SVR möchte einen Kunstrasenplatz anlegen, den die Gemeinschaftsschule uneingeschränkt für den Sportunterricht nutzen darf. Nun kann der SVR in Gespräche mit Sponsoren eintreten. Dies ist zwingend erforderlich, weil die Gemeinde Bönningstedt sich an den Kosten nicht beteiligen kann.

Peter Liske

#### **Laub / Gartenmüll**

Die Kommunalaufsicht beanstandete Anfang 2015 den Betrieb der Gartenmüllannahme mit dem Hinweis auf das hohe Defizit und die Tatsache, dass fast keine Gemeinde im Kreis Pinneberg diesen freiwilligen Service mehr anbietet. So müssen die Bürger Ellerbeks ihren Gartenmüll kostenpflichtig bei einer Gartenbaufirma entsorgen.

Erfreulicherweise konnte in Zusammenarbeit mit der GAB (Gesellschaft für Abfallwirtschaft und Abfallbehandlung mbH) ein Ersatz-Service

Im BWG-Infoblatt Nr. 99 stand auf Seite 1: „Laut Schulleitung werde die Grünfläche und damit die Bewässerungsanlage für den Sportbetrieb der Schule nicht (mehr) benötigt.“ Das sagte die Schulleitung aber so nicht. Hiermit stellen wir richtig: Selbstverständlich braucht die Gemeinschaftsschule Rugenbergen einen Sportplatz mit Grünfläche. Tatsächlich hatte die Schulleitung ausgeführt, dass „bei der Auslastung des Rasenplatzes nur durch die Schule eine Beregnungsanlage nicht erforderlich ist“.

Niels Hansen

## Politisches Klima in Bönningstedt am Abgrund?

### **Bürgermeister Peter Liske nimmt Stellung**

Das politische Klima verschärfte sich massiv durch eine neue Art des persönlichen Angriffs auf das Privatleben politischer Gegner in Form von Strafanzeigen in mehreren Fällen.

#### **1. Vermietung einer Wohnung**

Burkhard Fuchs (Hamburger Abendblatt – Regionalausgabe Pinneberg) schrieb am 9.12.2015:

(...) Resy de Ruijsscher, Grünen-Fraktionschefin und bis 2013 ebenfalls Mitglied in seiner BWG-Fraktion, hat ihn angezeigt, weil er angeblich vertrauliche Unterlagen an die Presse weitergegeben habe. Dabei ging es um die Vermietung ihres Hauses an Flüchtlinge.

Liske hatte in einer Vorlage, die an etwa 30 Personen aus Verwaltung und Politik verteilt worden ist, darüber informiert, dass de Ruijsscher Bedingungen gestellt hätte, die er nicht annehmen konnte „Daraufhin verzichtete sie auf diese Klausel und wir haben den Mietvertrag abgeschlossen“, sagt Liske. Direkt danach habe sie ihn angezeigt. Das Verfahren ist eingestellt worden. (...)

Resy de Ruijsscher bezichtigte bei der Staatsanwaltschaft insbesondere mich, obwohl ich keine Informationen weitergab und jede der ca. 30 einbezogenen Personen die Presse hätte informieren können.

Die Staatsanwaltschaft ermittelte daraufhin wegen Verletzung von Dienstgeheimnissen nach § 353b StGB, einer Straftat, die nur von Beamten (das sind nur ganz wenige der 30 Personen, darunter der Bürgermeister) begangen werden und mit Gefängnis bestraft werden kann. Durch meine Gegenanzeige wegen offensichtlichen Justizmissbrauchs wurde das Verfahren eingestellt.

Warum steht Resy de Ruijsscher nicht dazu, dass sie als Vermieterin der Gemeinde inakzeptable Forderungen stellte? Nach Rücknahme ihrer Bedingungen mietete schließlich die Gemeinde die Wohnung an. Grundsätzlich wäre es von öffentlichem Interesse zu erfahren, welches Ziel sie mit ihren destruktiven Attacken verfolgt und ob in absehbarer Zeit noch mit der Einsicht zu rechnen ist, dass solche Attacken dem Gemeinwohl schaden, was zu unterlassen ist.

#### **2. Verkauf der Bürgerstuben**

Am 16.12.2015 berichtete Burkhard Fuchs (Hamburger Abendblatt – Regionalausgabe Pinneberg):

#### Grüne zeigen Bürgermeister an. Untreue-Vorwurf wegen Bürgerstuben-Verkauf. (...)

Nachdem zwei Strafanzeigen, die ehemalige Fraktionsmitglieder gegen Bürgermeister Peter Liske (BWG) anstregten (...) von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurden, ist jetzt eine weitere Strafanzeige gegen Liske öffentlich geworden. (...)

So haben nach Liskes Angaben die drei Grünen-Gemeindevertreter Resy de Ruijsscher, Anja Ebens und (Michael) Terrey ihn als Bürgermeister wegen Untreue angezeigt, und zwar im Zuge des Verkaufs der Bürgerstuben an die Quickborner Investoren Dirk und Hilmar Frehsdorf, was die Staatsanwaltschaft bestätigt.

Diese haben das Clubheim des SV Rugenbergen mit Umkleieräumen und Gastronomie für 34.000 Euro erworben. Zugleich verpflichteten sie sich, alle Räumlichkeiten zu sanieren, einschließlich des Kinder- und Jugendzentrums im Keller des Gebäudes. Ein vereidigter Sachverständiger bescheinigte der Gemeinde einen Sanierungsstau von 400.000 Euro für die Bürgerstuben, die einen Verkehrswert von 434.000 Euro hatten.

Der Gemeinderat beschloss mit den Stimmen von BWG, CDU und SPD mit großer Mehrheit den Verkauf an die Investoren Frehsdorf. Die Kommunalaufsicht, an die sich die Grünen um rechtliche Prüfung wandten, bestätigte noch vor dem Verkauf, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Liske: „Ich hatte den Auftrag des Gemeinderats, die Bürgerstuben zu verkaufen.“

Den Investor Frehsdorf brachte CDU-Fraktionschef Lammert ins Spiel, der ihn seit vielen Jahren über den SV Rugenbergen kennt. Statt der 400.000 Euro hatten sie „weit über eine halbe Million Euro“ in die Sanierung der Bürgerstuben gesteckt, die ein Jahr lang gedauert habe, sagt Dirk Frehsdorf. Immer neue Probleme seien aufgetaucht, der Brandschutz sei in dem Gutachten nicht berücksichtigt worden. (...).“

Und weiter: „Heute würden mein Vater und ich das nicht noch mal machen.“ Der sagt: „Wir wollten der Gemeinde und dem SV Rugenbergen einen Gefallen tun, dass der Spielbetrieb wieder läuft, eine Gastronomie wieder vorhanden ist und das Jugendzentrum wieder genutzt werden kann.“ Deshalb jetzt dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, sie hätten sich bereichert, sei schlicht „eine Sauerei“.

Jeder Gemeindevertreter hat das Recht, Beschlüsse vom Gemeindeprüfungsamt des Kreises auf Schäden für die Gemeinde prüfen zu lassen. Diesen *normalen* Weg, gegen den ich nichts einzuwenden hätte, beschritten die Grünen nicht, sondern wählten die maximale Eskalation in Form einer Strafanzeige. Geht es um Inhalte?

Als Bürgermeister handelte ich im Auftrag der Gemeindevertretung (nicht für mich selbst) auf Basis eines Wertgutachtens eines vereidigten Sachverständigen und nach vorheriger Kenntnisnahme der Kommunalaufsicht. Stets begleitete mich Rolf Lammert (CDU). Die Stadt Quickborn und ein Notar prüften, ob der Verkauf rechtmäßig war. Einer Untersuchung durch das Gemeindeprüfungsamt hätte ich gern entgegengesehen.

Stattdessen aber zeigten Resy de Ruijsscher, Anja Ebens und Michael Terrey mich als Privatperson an und bezogen sich dabei auf einen Paragraphen des Strafgesetzbuches, der Gefängnisstrafen vorsieht. De Ruijsscher, Ebens und Terrey nehmen also billigend in Kauf, die Existenz meiner Familie zu gefährden. Ich frage noch einmal: Geht es um die Sache?

Diese Anzeige diskreditiert nicht nur das Amt und die Person des Bürgermeisters, sondern rückt auch alle Gemeindevertreter von BWG, CDU, SPD und BfB, das Werner-Bornholdt-Sportzentrum, wo Michael Terrey immerhin noch regelmäßig Fußball spielt, den SV Rugenbergen, den vereidigten Sachverständigen und die Investoren in ein „schiefes Licht“. Denn wenn die Gemeinde einen Nachteil hätte, müsste es ja auch einen Vorteil geben, nämlich für die neuen Eigentümer. Dies zu denken ist völlig absurd, denn die Realität zeigt ein anderes Bild:

## Politisches Klima in Bönningstedt am Abgrund?

### **Bürgermeister Peter Liske nimmt Stellung**

Die Gemeinde schuldet der Familie Frehsdorf großen Dank dafür, dass sie mittlerweile weit mehr in Reparaturen steckte, als der Gutachter feststellte. Zusätzlich modernisierte sie noch auf eigene Kosten die KiJu-Räume, was Aufgabe der Gemeinde gewesen wäre, aber von ihr nicht hätte erbracht werden können.

#### **Neue Eskalationsstufe**

In Bönningstedt sind Streitigkeiten leider schon seit Jahrzehnten an der Tagesordnung. Die Aussichten auf „Klimawandel“ stehen nicht gut. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass eine Änderung dieser Situation bis zur nächsten Kommunalwahl von einigen nicht gewollt ist. Doch wer sollte Neigung verspüren, in die Politik einzutreten, wenn die Möglichkeit besteht, dass von Seiten der Grünen Anschläge auf das Privatleben verübt werden?

Bei allem in der Vergangenheit ausgetragenen Streit konnten sich die Beteiligten darauf verlassen, dass ihr Privatleben und die Existenz ihrer Familien unangetastet blieben, weil es sich „nur“ um politische Gegnerschaft handelte. Die Grenzlinie hin zu persönlichen Anfeindungen wurde erst jetzt von den Grünen überschritten.

Michael Terrey ging noch weiter, als er mir am 10.12.2015 öffentlich während der Sitzung der Gemeindevertretung vorwarf, ich sei schuld an der schlechten Stimmung im Dorf.

Wer auf diese Weise versucht, auf Stimmenfang zu gehen, könnte die Sensibilität und Urteilsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger unterschätzen.

#### **Untersuchungen des Gemeindeprüfungsamtes**

Am 19.1.2016 berichtete Burkhard Fuchs (Hamburger Abendblatt – Regionalausgabe Pinneberg):

##### Untreue-Vorwurf scheint entkräftet

(...) Auch das Gemeindeprüfungsamt hat sich jetzt mit dem Vorgang beschäftigt und konnte offenbar keinen Anhaltspunkt für Untreue erkennen, wie das Abendblatt erfuhr. (...)

Warum die Grünen die Anzeige schon stellten, bevor das Gebäude, das als Clubheim und Umkleidebereich für den SV Rugenbergen dient und das

Kinder- und Jugendzentrum beherbergt, im Mai 2014 verkauft wurde, möchte Fraktionschefin Resy de Ruijsscher nicht beantworten. (...)

Tatsächlich hatte der Gemeinderat bereits im November 2013 gegen die Stimmen der Grünen beschlossen, dem Bürgermeister vorab zu erlauben, das Bürgerstuben-Areal zu veräußern. Darum sei nicht mehr über den Kaufvertrag mit dem Investor im Gemeinderat abgestimmt worden, erläutert Liske.

Oberstaatsanwalt Uwe Dreeßen sagte, die Staatsanwaltschaft prüfe noch. Unter Umständen müsse noch ein weiteres Gutachten dazu eingeholt werden. Wie berichtet, lagen der Gemeinde zum möglichen Wert des 5500 Quadratmeter großen Areals verschiedene Expertisen von Sachverständigen vor. Die eine bezifferte den Wert mit etwa einer Viertelmillion Euro, ohne aber näher auf die Sanierungskosten der Immobilie und die eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten einzugehen, weil es für Zwecke des Sports und der Jugendpflege vorbehalten ist. Die andere nannte eine halbe Million Euro Sanierungskosten, sodass der Wert 34.000 Euro betrage, wie es auch im Kaufvertrag vereinbart ist. (...)

Die Kommunalaufsicht des Kreises war ebenfalls in den Vorgang involviert, wie Christopher Glatzer von der Quickborner Verwaltung sagt. Auch wenn sie den Fall nicht genau untersucht habe, so Glatzer. „Sie hat zu keiner Zeit Bedenken gegen den Verkauf geäußert.“

Jetzt hat das Gemeindeprüfungsamt (...) den Sachverhalt geprüft, wie aus mehreren Quellen zu erfahren war. Demnach sei zwar die formale Ausgestaltung des Kaufvertrages zu beanstanden gewesen, weil darin keine Trennung zwischen dem Grundstück und dem Gebäude vorgenommen worden sei. Einen Anhaltspunkt für eine Veruntreuung von Gemeindevermögen konnten die Prüfer allerdings laut diesen Quellen nicht erkennen. (...)

#### **3. Die Anzeigen von Frauke Foth**

In dem o.a. Artikel vom 9.12.2015 schrieb Burkhard Fuchs ferner:

##### Dorfpoliker streiten vor Gericht Bönningstedt lähmen zurzeit mehrere Strafanzeigen und Prozesse. (...)

Politisches Gipfeltreffen im Pinneberger Amtsgericht: Mit Frauke Foth, Rolf Lammert und Peter Liske kamen die SPD-Vorsitzende, der CDU-Fraktionschef und der Bürgermeister Bönningstedts vor Gericht zusammen — vorläufiger Höhepunkt einer Serie von Anzeigen, die das politische Klima im Ort vergiftet hat. Diesmal ging es um den Rechtsstreit eines Spielplatzunfalls, den der damals achtjährige Sohn Frauke Foths im September 2013 auf dem Schulgelände Bönningstedts erlitt. (...)

Ein Urteil ist noch nicht gesprochen. Dies ist für Mitte Januar angekündigt. Anwalt Alexander Bechmann, der die Klägerin vertritt, geht jetzt davon aus, dass sich die Forderung nach „mindestens 3000 Euro Schmerzensgeld“ wohl nicht durchsetzen lassen wird.

Eine Strafanzeige gegen den Bönningstedter Bürgermeister wegen fahrlässiger Körperverletzung ist von der Staatsanwaltschaft Itzehoe in dieser Sache bereits eingestellt worden. (...)

Notfalls werde sie (Frau Foth) noch zivilrechtlich gegen den Bürgermeister vorgehen müssen, wobei sie ihm dann eine Amtspflichtverletzung nachweisen müsste. (...)

Jeder Bürger darf vermeintliche Ansprüche gegen die Gemeinde geltend machen. Da die Gemeinde keine juristische Person ist, muss er stellvertretend den Bürgermeister anzeigen. Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Hier geht es um eine Schadenersatzforderung, die der kommunale Haftpflichtversicherer erstatten würde. Wenn aber bereits mehrere Verfahren eingestellt wurden, stellt sich die Frage nach dem Sinn, vor allem in Bezug auf die aufgeblähte Berichterstattung im Pinneberger Tageblatt (siehe Sonderbericht auf Seite 4). Das Gericht wies die Klage am 13.1.2016 ab.

##### **Dank für Solidarität**

Ich danke herzlich für die vielen Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung, die meine Familie und mich erreichten.

Peter Liske

## Verschiedene Gutachten?

Burkhard Fuchs (Hamburger Abendblatt – Regionalausgabe Pinneberg) schrieb am 6.1.2016:

(...) Das eine aus dem Jahr 2011 hat dafür einen Verkehrswert von 246.000 Euro ermittelt. Das andere aus dem Jahr 2014 gibt den Restwert der Immobilie mit nur 34.000 Euro an, da Sanierungskosten von 434.000 Euro (*richtig sind 400.000 Euro, redaktionelle Anmerkung der BWG*) abgezogen werden müssten.

Aus Sicht Liske ließen sich die beiden Gutachten nur schwerlich miteinander vergleichen. So habe der Gutachterausschuss (...) bei seiner Wertermittlung 2011 lediglich den (...) Gastronomiebereich betrachtet, während die Umkleidekabinen der Sportler und die Fläche des Jugendzentrums unberücksichtigt blieben. „Aber die Gaststätte wäre ohne die Sportler nicht existenzfähig.“ Dieser Teil des Gebäudes sei aber ebenso marode gewesen wie der des Jugendzentrums im Keller des anderen Flügels.

Das bestätigt der Sachverständige Torsten Kühl in seinem Gutachten: (...) Es wären erhebliche Investitionen nötig, um Duschen und Sanitärbereich des Sportlertraktes sowie Gastronomie „wiederherzustellen“, die zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als ein Jahr leer stand. (...)

Der Beschluss, die Bürgerstuben zu veräußern, ist formal vom Gemeinderat im November 2013 gefasst worden. Zuvor lief ein Ausschreibungsverfahren, auf das sich lediglich „recht kuriose Leute“ aus dem Rotlicht- und Rockermilieu interessiert gezeigt hätten, erinnert sich CDU-Fraktionschef Rolf Lammert (...). „Der Vorwurf der Untreue ist Blödsinn“, sagt Lammert. „Wir haben ein ordentliches Gutachten und die Immobilie rechtmäßig verkauft.“

# ERGO

**Ihr Versicherungspartner vor Ort:**

Direktionsgeschäftsstelle Bruhn&Partner  
Ellerbeker Straße 20, 25474 Bönningstedt  
Tel 040 180433550, Fax 040 180433551  
florian.bruhn@ergo.de, www.florian.bruhn.ergo.de

Wie unterscheiden sich die Gutachten? Das erste Gutachten bewertet nur die Gaststätte und die Betriebswohnung und klammert die erheblichen Schäden aus dem Sporttrakt und dem KiJu bewusst aus. Das zweite Gutachten untersucht das ganze Gebäude. Insofern war das erste Gutachten nutzlos, weil die gesamte Immobilie verkauft werden sollte. Außerdem hätte die Gemeinde nicht, wie die Grünen behaupten, Pachteinahmen aus der Gaststätte erzielt, wenn die Sportstätte wegen Unbenutzbarkeit geschlossen worden wäre. Dann hätte die Gaststätte ihre meisten Kunden verloren. Aber die Gemeinde hätte die Sportstätten nicht für viel Geld sanieren können. Der Plan der Grünen hätte also das Aus für den Fußball bedeutet.

Niels Hansen

### Welche Rolle spielt Frau Springer vom Pinneberger Tageblatt?

Sie erinnern sich: Bei der Attacke von Resy de Ruijsscher gegen das Imagevideo der Feuerwehr gab es in deren Facebook-Auftritt viele hundert Solidaritätsadressen für die Feuerwehr und nur eine für de Ruijsscher und die stammte von Frau Springer.

Frau Springer berichtete über die erste Anzeige von Frau Foth gegen den Bürgermeister (nicht gegen Peter Liske!) zweimal mit Bild von Peter Liske, zum Teil auf der ersten Seite. Was sie damit bei den beteiligten Mitarbeitern und ehrenamtlichen Hel-

fern der Gemeinde, die sich mit ihrer Arbeit identifizieren, auslöste, wird sie wohl nie erfahren. Die Einstellung des Verfahrens veröffentlichte das Tageblatt erst nach der Erinnerung durch die BWG, allerdings nur einmal und im Kleinformat im Mittelteil. Eine ordentliche Rehabilitation passte wohl nicht ins Layout.

Die Veröffentlichung von Frau Springer zur Anzeige wegen Untreue trug die Überschrift „Bürgermeister am Pranger“. Ist das seriöse Berichterstattung oder der Versuch, eine Person in der Öffentlichkeit zu beschädigen?

Der Pranger war im Mittelalter eine Form der Bestrafung. Eine Anzeige ist aber erst einmal von der Justiz zu prüfen. Frau Springer suggeriert hier ein schuldhaftes Handeln von Peter Liske, der nur den Beschluss der Gemeindevertretung umsetzte. Seit wann ist die Presse Teil der Justiz? Frau Springer hatte sich bereits Anfang 2014 in einem Kommentar den Argumenten der Grünen angeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft sprach trotz einer Verfahrensdauer von 18 Monaten noch kein einziges Mal mit Peter Liske. Warum fehlte ausgerechnet diese Information in dem Artikel?

Da das Pinneberger Tageblatt sich in einem ähnlichen Fall (ein Angriff von Frau Springer auf die BWG wegen der Verwaltungskosten in Quickborn) weigerte, eine Gegendarstellung zu drucken (ein unglaublicher Rechtsbruch!), wandte sich die BWG jetzt an den Presserat und das Pinneberger Tageblatt. Geantwortet hat das Tageblatt bis heute nicht.

Ist das Pinneberger Tageblatt in der Bönningstedter Berichterstattung politisch neutral?

Niels Hansen

**Wir von der BWG sind für Sie da:** Wenn Sie Fragen oder Anregungen zu politischen Themen haben, wenden Sie sich bitte an uns. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen.

**Jane Czolbe** (stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kieler Straße 129d, Tel. 556 63 73), **Sven Freytag** (Ellerbeker Str. 54), **Simone Gent-Welbing** (Moorlander Weg 5), **Joachim Graessner** (Heidkampsweg 16), **Jörg Hahn** (Ahornstraße 70), **Christel Hansen** (Winzendorfer Straße 22, Tel. 556 83 18), **Niels Hansen** (BWG-Vorsitzender, Winzendorfer Straße 22, E-Mail: niels-john.hansen@hamburg.de, Tel. 556 83 18), **Stefan Kiel** (Fraktionsvorsitzender, Bendloh 28, Tel.: 552 67 74), **Reiner Knickmeier** (Tel. 556 71 93), **Peter Liske** (Bürgermeister, E-Mail: Ahornstraße 40, Tel. 556 76 41, peter.stefan.liske@gmail.com), **Peter Möller** (Op'n Stiegen 1), **Matthias Schmidt** (Bendloh 65)

**Herstellung:** Winkelmann Offset GmbH, Kieler Str. 194, 25474 Bönningstedt, V. i. S. D. P.: Niels Hansen, Winzendorfer Str. 22, Tel. 556 83 18